Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 5

Vorwort: De Gaulles Verantwortung

Autor: Sager, Peter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DER KLARE BLICK

A. Z. Bern 1

Schweizer Kommentare für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Der Plan in Tonnen — die Erfüllung in Metern (5)

Vor Tito sind alle Genossen (6)

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG, Postfach 1178, Bern-Transit
Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger
Verwaltung: Oswald Schürch
Postcheck: III 24616, Telephon: 2 77 69, Druck: Verbandsdruckerei AG Bern
Jahresabonnement Fr. 20.— Halbjahr Fr. 11.— Vierteljahr Fr. 6.— **50 Rp.**

4. Jahrgang, Nr. 5 **Bern, 6. Februar 1963** *Erscheint wöchentlich*

De Gaulles Verantwortung

Als General de Gaulle seine Pressekonferenz abhielt, eröffnete er ein schwarzes Kapitel in der Geschichte der europäischen Einheit. Viel Geschirr ist zerschlagen und grosse Kräfte müssen eingesetzt werden, damit die Scherben noch geflickt werden können. Um die Folgen abzusehen, müssen die Ursachen kurz untersucht werden.

Das 19. Jahrhundert hat die Blüte der Nationalstaaten erlebt. Ein Volk, eine Sprache, ein Land: das war die nur selten durchbrochene Regel. Den nationalstaatlichen Grenzen erwuchs jedoch im wirtschaftlichen Fortschritt ein Feind, der unabhängig von allen andern Einflüssen im Verlaufe des 20. Jahrhunderts die nationalen Fesseln sprengen musste. Die technische Entwicklung hätte aber ein organisches Wachstum übernationaler Einheiten ermöglicht.

Die Wirksamkeit des Kommunismus überlagert dieser wirtschaftlichen Notwendigkeit eine neue, politische, die wesentlich rascher wirksam ist und viel früher die Bildung supranationaler Einheiten erzwingt. Das erklärt sich aus Zweck und Methode des Kommunismus. Diese Bewegung strebt die Weltherrschaft an und führt den Krieg auf neuartigen, nichtmilitärischen Kampfgebieten, wie wissenschaftliche Forschung, Propaganda und Entwicklungsförderung.

Dieser Krieg erfordert, wie der militärische, eine zentrale Kampfführung. Im Unterschied zum militärischen ist aber beim revolutionären Krieg die Notwendigkeit einer zentralen Kampfführung wenig offensichtlich; sie muss deshalb erzwungen werden. Daher hat die kommunistische Bewegung in dem von ihr beherrschten Gebiet die Einheit mit Gewalt aufgebaut. Als die Bewegung im Gefolge des Zweiten Weltkrieges die russischen Grenzen sprengen und mit dem Ostblock eine supranationale Einheit herstellen konnte, waren Westeuropa und Nordamerika erstmals aus politischen Gründen zur Organisation einer übernationalen Einheit herausgefordert. Marshallplan, Nato und Montanunion sind Meilensteine auf diesem Wege.

Harte Klippen

Wenn nationale Fesseln in einer übernationalen Einheit gelöst werden sollen, muss jeder Staat mit einer teilweisen Aufgabe seiner Unabhängigkeit und Souveränität den unumgänglichen Preis bezahlen. Die Entscheidungsfreiheit kleinerer Teile kann im grösseren Ganzen nie voll gewahrt werden. Unabhängige Staaten sind aber nur dann gewillt, diesen nachteiligen Preis zu bezahlen, wenn im Tausch dagegen ein Vorteil eingehandelt werden kann. Die Vor- und Nachteile werden also sorgfältig abgewogen.

Im Falle militärischer Kriege fällt der Entschluss recht leicht. Allein ist der Einzelne schwach, gemeinsam ist er mächtig. Allein droht er völlig unterzugehen, gemeinsam ist eine Rettung noch möglich. Hier sind die Vor- und Nachteile in ihrer ganzen Schärfe jedem eindringlich vor Augen geführt. Die Bereitschaft zur teilweisen Aufgabe von Unabhängigkeit und Souveränität ist angesichts eines drohenden Unterganges beinahe bedingungslos. Kleinliche, egoistische und nationalistische Ueberlegungen treten in den Hintergrund.

Da aber, wo die Auseinandersetzung auf die nichtmilitärische Ebene verlagert ist, wird die Notwendigkeit eines überstaatlichen Zusammenschlusses ihrer Offensichtlichkeit beraubt. Der Zwang zur höheren Gemeinschaft wird nur mittelbar ausgeübt. Vor- und Nachteile erscheinen unscharf und werden jenem Ermessensbereich zugezählt, wo man in guten Treu und Glauben verschiedener Meinung sein kann. Die Bereitschaft zur teilweisen Aufgabe der Unabhängigkeit ist sehr klein.

Europäische Geburtswehen

Dass die Einheit der europäischen Demokratien ohne militärischen Zwang nur sehr schwer erreicht werden kann, liegt auf der Hand. Der indirekte Druck wird ungleich schwächer empfunden und vermindert die Bereitschaft, den notwendigen Preis zu bezahlen. Die nationalstaatlichen Ueberlegungen müssen vorherrschen.

Es ist kein Wunder, dass die europäische Einheit 1954 und jetzt wieder an Frankreichs Haltung gescheitert ist. Mendès-France und de Gaulle haben jene Hürden nicht zu nehmen gewusst, die in ihrem Lande bestehen. Frankreich ist die Kontinentalmacht, die ein koloniales Weltreich liquidieren musste und deshalb nationalstaatliche Anpassungen vorzunehmen gezwungen ist. Als Mendès-France 1954 die französischen Hoffnungen in Indochina begraben musste, fiel die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Nachdem de Gaulle den Algeriern die Selbständigkeit nicht vorenthalten konnte, glaubte auch er, die französischen Aspirationen in einer durch Englands Beitritt gestärkten EWG nicht verfolgen zu können. Für manche Franzosen muss deshalb die Hegemonie in Europa über den Verlust der Kolonien hinwegtrösten.

Ost-West-Wechselwirkungen

Zu der westeuropäischen Ursache für die fehlende Einheit gesellt sich eine osteuropäische. Der Stalinsche Zentralismus musste unter seinen Nachfolgern mindestens vorübergehend an Virulenz verlieren, weil der neue Führer seine Macht nicht mit den alten Symbolen aufbauen kann. Der bereits unter Malenkow feststellbare Geschwindigkeitsverlust im Aufbau des monolithischen Ostblocks mochte es Mendès-France 1954 erleichtert haben, die französischen den europäischen Interessen voranzustellen. Das erwies sich als folgenschwerer Irrtum,

Der sowjetisch-chinesische Konflikt dürfte es heute de Gaulle ermöglicht haben, nochmals die Einheit Westeuropas von Frankreich aus zu verhindern. Auch das wird sich als folgenschwerer Irrtum erweisen. Und das nicht nur wegen der beschränkten Wirkkraft des sowjetisch-chinesischen Konfliktes, sondern wegen der Verschiedenartigkeit der Organisationsprinzipien der kommunistischen und der freien Welt.

Demokratie und Diktatur

Es ist ein weltgeschichtliches Paradoxon, dass die nach Tradition und Zielsetzung friedliebende Demokratie ihren besten Kampfeinsatz im Rahmen des militärischen Krieges erbringt. Denn erst bei Ausbruch eines solchen Krieges unterordnet sich der Einzelne dem Staat und der Staat der überstaatlichen Gemeinschaft.

Es entspricht diesem scheinbaren Gegensatz, dass die nach Tradition und Zielsetzung kriegerische Diktatur ihren besten Kampfeinsatz im Rahmen der nichtmilitärischen Auseinandersetzung erbringt. Solange die nur im mörderischen Krieg offensichtliche Notwendigkeit einer teilweisen Selbstaufgabe in der grösseren Einheit entfällt, ist die unvollkommene Zentralisation der Diktatur immer stärker als die ebenso unvollkommene Zentralisation der Demokratie. Denn der Schritt zur weiteren Zentralisation lässt sich in der Diktatur leichter erzwingen als in der Demokratie.

Damit die nationalistischen Ueberlegungen in den Hintergrund zu treten vermögen, muss die richtige Alternative erkannt werden. Sie lautet nicht: Beitritt unter teilweiser Selbstaufgabe oder Wahrung der Unabhängigkeit; sondern: Beitritt unter teilweiser Selbstaufgabe oder totale Aufgabe.

Peter Sager.